

TAGBLATT

20. Februar 2014, 02:34 Uhr

Die SP allein auf weiter Flur



Das Stimmvolk wird nicht vorgängig über einen A1-Anschluss beim Güterbahnhof entscheiden können. (Bild: Archivbild: Ralph Ribl)

Der Vorschlag der SP, eine Grundsatzabstimmung zum Autobahnanschluss im Güterbahnhof durchzuführen, stösst auf wenig Gegenliebe. Die meisten Parteien weisen ihn entschieden zurück. Es brauche ein konkretes Projekt.

DAVID GADZE

Geht es nach der SP, soll sich das städtische Stimmvolk in einer Grundsatzabstimmung zum Bau des A1-Zubringers im Güterbahnhofareal, auch Teilspange genannt, äussern können (Tagblatt vom Dienstag). Dadurch soll verhindert werden, dass bei einem späteren Volksnein zum Projekt unnötig Geld in dessen Planung fliesse.

«Eine politische Schnapsidee»

Philip Schneider, Präsident der CVP/EVP/BDP-Fraktion, hält den Vorschlag für eine «politische Schnapsidee». Ohne konkrete Fragestellung stünde die Grundsatzabstimmung im leeren Raum. Die Frage, ob die Teilspange gebaut werden solle, könne nicht beantwortet werden, solange nicht klar sei, wo der Anschluss hinkomme. Und über die Frage, ob ein Zubringer im Güterbahnhofareal gebaut werden solle, müsse man schon gar nicht abstimmen, da ohnehin niemand dafür sei. «Es herrscht eine allgemeine Skepsis gegenüber dieser Lösung, welche den Verkehr in jenem Gebiet nicht abführen könnte.» Die SP mache demnach Stimmung gegen ein Projekt, bei dem es keine Kontroverse gebe.

Kritische Töne gibt es auch von der FDP zu hören.

Grundsätzlich sei es zwar richtig, das Volk über wichtige Dinge entscheiden zu lassen, sagt Andreas Dudli, Präsident der städtischen FDP. «Es darf aber nicht als Sprachrohr eines Projekts missbraucht werden, das noch gar nicht steht.»

Vielmehr sei es Aufgabe der Exekutive, in Zusammenarbeit mit dem Bund und dem Kanton einen Vorschlag auszuarbeiten. Dass mit einer Grundsatzabstimmung Steuergelder bei der Planung gespart werden könnten, lässt Dudli nicht gelten. «Dann könnte man über alles schon im Vorfeld abstimmen.» Ausserdem müsse auch bei einer Grundsatzabstimmung ein konkretes Projekt vorliegen, bei welchem dem Stimmvolk der städtische Beitrag vorzulegen

sei. «Die Strategie der SP ist klar. Sie will die Teilsperre beerdigen, bevor sie konkret wird.»

Auch SVP gegen Abstimmung

Auch die SVP lehnt eine vorgängige Abstimmung ab. Mit einem A1-Anschluss im Güterbahnhofareal sei die Volkspartei ebenfalls «nicht glücklich», betont Fraktionspräsidentin Karin Winter-Dubs. «Man kann aber erst dann etwas beurteilen, wenn man weiss, worum es konkret geht.» Zu hypothetischen Dingen, welche die Stadt zudem nicht allein bestimmen könne, könne man sich nicht in einer Abstimmung äussern. Überdies sei es falsch, die Verkehrsträger gegeneinander auszuspielen. Thomas Schwager, Fraktionspräsident der Grünen, Jungen Grünen und Grünliberalen, hält den Vorschlag der SP zwar für «gut, aber nicht realisierbar». Das Stimmvolk müsse über eine konkrete Vorlage abstimmen können. Der Stadtrat sei jedoch in der Pflicht, von sich aus die Haltung einzunehmen, dass eine Autobahnausfahrt in jenem wichtigen Gebiet nicht sinnvoll sei und es massiv entwerten würde. Notfalls werde man den A1-Anschluss in einer allfälligen Abstimmung zum städtischen Beitrag bekämpfen.

VCS will SP unterstützen

Die Verkehrsverbände beurteilen die Idee unterschiedlich. Während sie beim TCS kein Gehör findet, unterstützt sie der VCS. «Wir lehnen die Teilsperre ab. Deshalb würde uns interessieren, was das Volk dazu meint», sagt Daniel Rüttimann, Geschäftsführer der VCS-Sektion St. Gallen-Appenzell. Der VCS werde die SP im Bemühen um eine Grundsatzabstimmung unterstützen. «Da beide im Komitee für eine fortschrittliche Verkehrspolitik sind, macht ein gemeinsames Vorgehen Sinn.»

«Schattenboxen im leeren Ring»

Ganz anders sieht der TCS den Vorschlag. Es sei am Stadtrat zu beurteilen, welche Massnahmen notwendig sind, sagt Martin Würmli, Präsident der Regionalgruppe St. Gallen und Umgebung. «Der Stadtrat hat eine Führungsverantwortung. Es wäre falsch, wenn er diese ans Volk weitergeben würde.» Die Situation für den Individualverkehr im Knotenpunkt Kreuzbleiche/Oberstrasse sei unbefriedigend. Es sei Aufgabe der Stadt, mit dem Kanton und dem Bund eine mehrheitsfähige Lösung zu finden. «Ausserdem können sich die Stimmbürger erst eine Meinung bilden, wenn ein konkretes Projekt vorliegt, bei dem man Vor- und Nachteile gegeneinander abwägen kann.» Eine Grundsatzabstimmung wäre wie «Schattenboxen im leeren Ring».

Diesen Artikel finden Sie auf St.Galler Tagblatt Online unter:

<http://www.tagblatt.ch/ostschweiz/stgallen/stadtstgallen/tb-ag/Die-SP-allein-auf-weiter-Flur;art197,3710115>

COPYRIGHT © ST.GALLER TAGBLATT AG

ALLE RECHTE VORBEHALTEN. EINE WEITERVERARBEITUNG,

WIEDERVERÖFFENTLICHUNG ODER DAUERHAFT

SPEICHERUNG ZU GEWERBLICHEN ODER ANDEREN ZWECKEN

OHNE VORHERIGE AUSDRÜCKLICHE ERLAUBNIS VON

ST.GALLER TAGBLATT ONLINE IST NICHT GESTATTET.